Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 36 (1956-1957)
Heft: 4

Artikel: Der wirtschaftliche Boom und seine Probleme
Autor: Schaefer, Alfred
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160550

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DER WIRTSCHAFLICHE BOOM UND SEINE PROBLEME

VON ALFRED SCHAEFER

Die Gefährdung der Marktwirtschaft des freien Unternehmers

Die wirtschaftliche Struktur der meisten Länder des Erdballs hat sich in den letzten Jahren stark gekräftigt. Der Nachholbedarf, die Aussichten auf einige Friedensjahre, Unternehmer-Initiative und die wirtschaftsfördernde Politik der Regierungen haben zu einer Hochkonjunktur geführt, deren Intensität und Universalität in der Geschichte fast ihresgleichen suchen. Die breiten Volksschichten haben einen wesentlich größeren Anteil am Sozialprodukt. Woher kommt es, daß, ungeachtet der materiellen Besserstellung aller, in weiten Schichten sich ernsthafte Zweifel regen, ob der erhöhte materielle Lebensgenuß uns wirklich glücklicher macht? Warum leben viele Menschen zwar in einer Euphorie des materiellen Wohlseins, aber in einer Atmosphäre der Mißgunst, der Unzufriedenheit und des inneren Zweifelns an der Richtigkeit unseres Weges? Warum hat diese unsere Hochkonjunktur spekulative Übersteigerungen erfahren und durch ständige Lohn- und Preiserhöhungen das Gleichgewicht zwischen Geld und Gütern gestört? Wenn man die individuelle Marktwirtschaft als die Wirtschaft des freien Unternehmertums definiert, so darf man sich wohl fragen, ob diese Wirtschaftsform nicht in der Defensive steht, ob nicht das Kollektiv wichtiger geworden ist als das Individuum und ob nicht der moderne Wohlfahrtsstaat die grundlegenden menschlichen Werte, wie die Freiheitsrechte, ja

die Demokratie in ihrem Ganzen, bedroht. Das Prinzip der persönlichen Verantwortung scheint erschüttert zu sein, und eine initiativefeindliche Tendenz nach Sicherheit in jeder Lage scheint überhandzunehmen. Dieses Sicherheitsstreben geht soweit, daß eine ernsthafte Depression die gesellschaftlich-wirtschaftliche Ordnung der freien Welt wohl ernsthaft erschüttern würde. Um dies zu vermeiden und den «Boom» zu erhalten, wendet man indessen Mittel an, welche den Gradmesser eines jeden wirtschaftlichen Gutes oder Vorganges, das Geld, zu verfälschen drohen. Jedermann verdient mehr Geld, aber der Wert dieses Geldes scheint in jeder Generation zwangsläufig abzunehmen. Denn jedermann, auch der Bauer, ist direkt oder indirekt zum Subventionsempfänger geworden. Sozialfürsorge, staatliche und private Pensionseinrichtungen, lassen nicht selten den früheren ausgeprägten Sparsinn weiter Volkskreise erlahmen. Der Sparsame und Fleißige lebt in der Furcht, daß die Bildung eines Kapitals durch hohe Steuern und durch eine allmähliche Entwertung seiner Spargelder und seiner Versicherungsansprüche bestraft werde und die Subventionen für den Hausbau, die Landwirtschaft und die Sozialfürsorge schließlich zu seinen Lasten gehen. Auch das englische Experiment des Sozialismus scheint das erhoffte Ideal nicht erreicht zu haben: Wer die freie Unternehmer-Wirtschaft will, muß auch die Marktwirtschaft mit ihrem Leistungsprinzip und die traditionellen Regeln und Risiken des Wirtschaftslebens bejahen.

Jede freie Wirtschaftsordnung basiert auf einer gesunden Währung. Sogar Lord *Beveridge,* ein prominenter Befürworter des Wohlfahrtsstaates, bekennt: «Geld ist die Grundlage der Freiheit. Die Möglichkeit der Verfügung über das eigene Einkommen muß gewährleistet sein, so wie über die Gestaltung des eigenen Lebens frei verfügt werden darf. Das aber setzt eine stabile Währung voraus. Der Wohlfahrtsstaat muß also ein Mittel finden zur Aufrechterhaltung des Geldwertes, wenn er nicht ein Staat ohne Freiheit sein soll.» Freiheit, Wohlfahrt und Aufbau müssen auf einem soliden Felsen basieren, auf der Ehre und auf der Unverrückbarkeit des Wertes der Währung. Andernfalls wird der Sparer bestraft und der Aktien-Spekulant belohnt. Das Schlechterwerden einer Währung ist nicht Schicksal, nicht ein gottgewolltes Übel, sondern nur die Konsequenz einer spezifischen Wirtschaftspolitik. Die wirklich freie Unternehmerwirtschaft hat eine disziplinierte Währungspolitik zur Voraussetzung. Jene ist nicht nur eine Frage der Technik, sondern auch des Glaubens, einer bestimmten Wirtschaftsphilosophie. Eine zuverlässige Preiskalkulation kann nur auf einer gesunden Währung fußen. Die stabilen Verhältnisse, die sich von 1870—1914 in der internationalen Wirtschaft und in den Währungen herausgebildet

hatten, wurden durch zwei Kriege zerstört. Das Interesse mancher Länder an der Aufrechterhaltung stabiler Valuten wurde schwächer von dem Zeitpunkte an, als sie nicht mehr Gläubigerländer waren. Das größte Gläubigerland, die USA, sträubt sich, seine Exporte mit Importen auszugleichen und zieht es vor, einen Teil seiner überschüssigen Güter zu verschenken, statt seine Grenzen der Einfuhr zu öffnen, die Zölle zu senken usw.

Fast jede Nation will heute ihre Währung nach eigenem Bedürfnis und zu eigenem Nutzen gestalten und sucht nur allzu oft durch das Mittel direkter Subventionen oder durch Währungsmanipulationen die Vollbeschäftigung der Eigenwirtschaft zu erreichen. Die Welt, die früher den frei austauschbaren Währungen offen stand, ist in einzelne «Compartiments» zerfallen, in jene der Sterling-Area, der Dollar-Zone usw. Es gibt fast keine internationale Währung mehr, was einer Flucht aus den kontrollierten in die unkontrollierten Valuten ruft. Durch die Aufgabe des Goldstandards in den 30er Jahren ist die Inflationsgefahr in allen Ländern wesentlich verstärkt worden. Die Rückkehr zu einer internationalen Währung auf wirtschaftlich gesunder Basis wäre nur möglich, wenn die Zollschranken abgebaut würden, wenn der Außenhandel nicht mehr dirigiert würde und nicht Eingriffe in den freien Handel zum Schutze sogenannter nationaler Interessen an der Tagesordnung wären. Selbst milde Systeme der Devisenbewirtschaftung sind eine Gefahr für die Währung, weil sie zum Mißbrauch verleiten.

Man kann sich unter diesen Umständen wohl zuweilen resigniert fragen, ob nicht doch eine internationale Neubewertung des Goldes vorgenommen werden sollte, allerdings nur unter gleichzeitiger Rückkehr zu einigen Grundsätzen der klassischen Goldwährung, die zu einer besseren Selbstdisziplin zwingen. Angesichts der Wirtschafts-Offensive von kommunistischer Seite können sich solche Maßnahmen eventuell schon in naher Zukunft aufdrängen.

Der monetäre Zynismus sündigt gegen Moral und Logik. Wohin sollen wir kommen, wenn der Maßstab jedes wirtschaftlichen Tuns, d. h. die Währung, der Wert des Geldes, ständig unsicher bleiben? Eine monetäre Union einzelner Länder ohne politische Union erscheint als unmöglich, weil es keine gemeinsame Währung ohne gemeinsames Parlament und ohne gemeinsame Steuern geben kann. Das Leben jeder Nation und die Wohlfahrt ihrer Bürger beruhen weitgehend auf der Kontrolle des eigenen Geldes und des Kredites, und der Wert des Geldes hängt von dieser Kontrolle ab. Eine Poolung von Aktiven und Passiven ist unmöglich, solange derart verschiedene Systeme und Verschiedenheiten in der Handhabung der Währung in Westeuropa bestehen. Altruismus auf diesem Gebiete würde unter den heutigen Umständen wirklich zu weit gehen.

So paradox es klingen mag: die an und für sich erstrebenswerte Vollbeschäftigung kann eine Gefahr für die freie Wirtschaft, bzw. die gesunde Währung werden.

Vollbeschäftigung ergibt sich aus einem selbsttätigen wirtschaftlichen Boom oder aus der Intervention des Staates; sie ist wohl erstrebenswert, aber sie sollte nicht axiomatische Forderung sein. Mit dem Manna der Konjunktur wird sie zum Manna der Inflation. Die Forderung der grundsätzlichen Vollbeschäftigung ist z. T. Folge der mißverstandenen Keynes-Theorie und als solche leider sehr populär. Vollbeschäftigung bedeutet einen konstanten Inflationsdruck; sie ist nicht das Endziel, auf das hin Kreditexpansion sorglos getrieben werden kann, unbekümmert um die sich auf diesem Wege als Warnung zeigenden Symptome, wie Arbeitermangel, Produktionsstauungen, Preissteigerungen. Die Arbeitskraft wird zur Mangelware, der Arbeitnehmer will an den Früchten des Booms teilhaben, die Gewerkschaften treiben zu höheren Löhnen an, bevor die Wirtschaft durch die Rationalisierung der Produktionsmethoden, das heißt durch höhere Rentabilität diese tragen kann. Daraus resultieren Preissteigerungen, erhöhte Preise, also ein Inbewegungsetzen der Lohn-Preis-Spirale. Die Vollbeschäftigungsideologien lassen die Frage offen, ob demokratische Institutionen die enormen Kräfte, welche die Instrumente der Wirtschaftspolitik den Menschen auf Gedeih und Verderb in die Hand geben, auch vernünftig und namentlich unpolitisch zu handhaben wissen. Der Abbau der Überbeschäftigung durch die Eliminierung der Staatsintervention könnte die inflatorische Spirale vielleicht aufhalten, aber damit kommt diese Frage auf die politische Ebene. Niemand will Arbeitslosigkeit um ihrer selbst willen. Aber jedermann sollte einsehen, daß eine bis zum Rand volle Überbeschäftigung der treue Begleiter der Inflation ist und der ewigen auktionshaften Steigerung von Löhnen, Kosten und Preisen ein Ende gemacht werden muß. Bedeutet es nicht einen Mißbrauch der Freizügigkeit der Arbeit, wenn von dieser Freizügigkeit rücksichtslos Gebrauch gemacht wird und die daraus entstehenden Kosten und die Verteuerung, wie selbstverständlich, dem Arbeitgeber, bzw. der Allgemeinheit überbürdet werden?

Die Frage ist, wie mit marktpolitischen Mitteln eine volle Ausnützung der verfügbaren Arbeitskraft ohne Kaufkraftentwertung des Geldes erreicht werden kann. Eine vollbeschäftigte Wirtschaft vermag ihre Produktivität ja nur durch zusätzliche Investitionen zu steigern. Subventionen schaffen Kaufkraft, doch geht diese vielfach in der Richtung unwichtiger Güter, so daß selbst mitten im Boom auch die Abzahlungsgeschäfte angetrieben werden. Die Automobil-

produktion der USA im Jahre 1955 wäre ohne höhere Abzahlungskredite — direkt an den Käufer oder an Abzahlungsfirmen — in einem alle Voraussagen übertreffenden Ausmaß unmöglich gewesen. Ein ewiger Boom ist praktisch nicht möglich, auf kürzere oder längere Zeit jedenfalls nur um den Preis der Inflation: Scheinbare Erfolge können nur vorübergehend über diese Tatsache hinwegtäuschen. Bereits werden unter der heutigen Konjunktur Gefahren sichtbar. Es ist an den Regierungen, den Boom zu begrenzen oder zu regulieren, anstatt ihn zu verewigen, und zwar dadurch, daß sie Anpassungen fördern, nicht hemmen. Je wirksamer Exzesse verhindert werden, um so weniger empfindlich wird ein Rückschlag sein. Während der Expansion sollten sie Zurückhaltung üben und Kreditrestriktionen und das Spiel des freien Marktes unterstützen. Jede Wirtschaftserholung sollte auf dem Wege der Erhöhung der Nachfrage gesucht werden, nicht durch Vollbeschäftigung à outrance, d. h. durch damit einhergehende Preissteigerungen, die bereits ein Zeichen der Inflation sind.

Billiges Geld

Der von Theoretikern der Vollbeschäftigung gepredigte Slogan vom billigen Geld ist gefährlich. Billiges Geld bedeutet in der Regel gleichzeitig auch Geldüberfluß, fördert die Inflation. Als Mittel zur Vollbeschäftigung ist es natürlich populär, führt aber in der Folge zu Diskontoerhöhungen, Kreditkontrolle, Kontingentierung, Lohn-, Preis- und Investitionskontrolle und zu nationalistischen Schutzmaßnahmen. Wenn jeder Bedarf dank billig erhältlichem Geld mühelos befriedigt werden kann, so steigen Käufe und Preise, und die Expansion wird vorangetrieben, namentlich wenn als entsprechende Begleiterscheinung auch noch die Abzahlungsgeschäfte blühen. Wenn die Wirtschaft auf vollen Touren läuft, kann eine Erleichterung in der Geldversorgung nur zu höheren Preisen führen. Künstlich geschaffenes Geld, auch das auf dem Wege von Budgetdefiziten geschaffene, stimuliert die Wirtschaft speziell in Boomzeiten. Jeder Boom muß aber, wie gesagt, eine Reaktion haben, und je länger man ihn durch Geldschöpfung schürt, desto schärfer wird diese Reaktion sein, es sei denn, man wolle die Inflation. Das Vorhandensein von Kredit scheint aber heute — vor allem wegen der hohen Steuern — vielfach wichtiger zu sein als seine Kosten. Es macht den Anschein, als ob uns da und dort die richtige Perspektive verloren gegangen sei. Auch ohne Budgetdefizit können sich Inflationssymptome einstellen, wenn der Kredit zu reichlich und zu billig zur Verfügung steht, denn dieser tritt dann in täuschender Weise an die Stelle

wirklichen Sparens. Daher Fuß weg vom Gashebel! Billiges Geld ist Medizin für schlechte, nicht für gute Zeiten. Der Preis des Geldes ist ebenso wichtig wie derjenige jeder anderen Ware.

Notenbank-Politik

Die Kreditpolitik der Notenbanken hat eine Renaissance erfahren. Leider muß sie nur allzuoft als «stratagème artificiel» verwendet werden, als Aushilfsmittel im Kampf gegen die vom Staat selbstverschuldeten Irrtümer. Eine laxe Währungspolitik ist eine tödliche Gefahr für die freie Unternehmerwirtschaft. Als konjunktursteuernde Mittel dienen Diskontsatzerhöhungen und die daraus resultierenden Kreditverteuerungen, Kreditreduktionen, langfristige Abschöpfung kurzfristiger Marktguthaben, die Einschränkung der Abzahlungsgeschäfte. Doch können diese Maßnahmen allein nicht genügen, weil sie gegen den Trend zu Lohnerhöhungen in Konjunkturzeiten nichts Entscheidendes auszurichten vermögen. Meistens wirken sie sich zu langsam, uneinheitlich und nur partiell aus. Nicht einmal die drastischen Satzerhöhungen in New York im Jahre 1920 auf 6%, 1929 gar auf 7%, konnten den damaligen Boom eindämmen, bzw. den Zusammenbruch der Börsenkurse verhüten. Die rein spekulativen Kredite haben zudem heute wohl einen weniger großen Umfang als in den 20er Jahren, so daß die organisierte Geldverteuerung und Kreditkürzung auf ein kleineres Volumen von Waren- und Wertpapierkrediten entfällt als damals. Diskonterhöhungen in Zeiten einer Wirtschaftsexpansion mit großen Gewinnen können eben doch nur relativ bescheidene Kreditreduktionen bewirken, weil man die erhöhten Kreditkosten in Kauf nimmt. Die Maßnahme trifft zudem «reich und arm» und ist gegenüber dem kleinen und harmlosen Kreditnehmer zum Teil ungerecht. Jedenfalls muß jede Maßnahme der Notenbank auch von entsprechenden Vorkehrungen des Staates als des größten Arbeitgebers und größten Geldschöpfers begleitet sein. Die Staatsausgaben, die leider oft rein politische Ursachen haben, sind stets von größtem Einfluß auf die Geldmarktgestaltung. Hohe Steuern machen orthodoxe Währungsmaßnahmen teilweise illusorisch, weil dann die Wirtschaft oft auch unnütze Investitionen vornimmt, «da sie ja der Staat zur Hälfte bezahlt». Eine Kreditverteuerung kann sich deshalb in einem solchen Falle nie voll auswirken, es wäre denn, daß der Satz exorbitant hoch angesetzt sei und deshalb die Dispositionen der Unternehmer wesentlich beeinflusse. Die Diskontpolitik wird aber auch aus politischen Gründen nie soweit getrieben werden können, daß sie Arbeitslosigkeit zur Folge hätte.

Steuern

Die mächtige Maschine des persönlichen Interesses funktioniert nicht mehr richtig. In ihrem heutigen Ausmaß bestrafen hohe Steuern die Initiative, die Tüchtigkeit und den Erfolg schon bei den mittleren Einkommen. Bei den hohen Einkommen hilft nur noch sportliche Einstellung über die Bedenken gegenüber einer konfiskatorischen Steuerbelastung hinweg. In manchen Ländern und in manchen freien Berufen wird heute weniger gearbeitet als früher, weil jeder Mehrverdienst zum allergrößten Teil dem Staate zukommt. Nicht der Lebensstandard des Volkes ist also zu hoch, wohl aber zuweilen derjenige des Staates. Außerdem: Neue Unternehmungen haben gegenüber den alten, weitgehend abgeschriebenen Firmen immer mehr Schwierigkeiten, hochzukommen. Der andauernde Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft macht immer größere Teile des Volkes zu Lohnempfängern. Hohe Erbschaftssteuern machen mancherorts sogar die Erhaltung eines Vermögens unmöglich.

Die von gewisser politischer Seite angepriesene Notwendigkeit hoher Steuern zum Zwecke der Neuverteilung des Volksvermögens lähmt die Risikofreudigkeit. Der Staat, der mehr als 50% Steuern vom Einkommen fordert, begeht ein Unrecht. In manchen Industrieländern ist die Ersparnisbildung infolge des starken Steuerdruckes zum Teil auf die öffentliche Hand übergegangen. Hohe Steuern machen zudem orthodoxe Währungsmaßnahmen weitgehend illusorisch: Entweder kann sich eine Kreditverteuerung nicht voll auswirken, oder dann müßte ihr Satz exorbitant hoch sein, sonst wird die Steuer auf den Verbraucher abgewälzt oder aus Angst vor der Inflation akzeptiert. Und wenn der Staat mittels Abschöpfung überflüssiger Gelder durch hohe Steuern eine Inflation verhüten will, so erhält er nur einen Überfluß an Einnahmen und wird selber zu expansions- und inflationsfördernden Mehrausgaben veranlaßt, oder gibt, was er mit der einen Hand einnimmt, mit der andern in Form übertriebener Ausgaben für die Sozialfürsorge wieder ab. Jeder scheint nachgerade die Hand in der Tasche eines jeden andern zu haben. Die Höhe der Staatsausgaben an sich ist ja bereits eine Inflationsquelle, weil ihnen meistens zwar entsprechende Dienste, aber keine entsprechende Gütererzeugung gegenüberstehen. Staaten mit hohen Ausgaben können auch dann inflatorische Erscheinungen aufweisen, wenn ihre Ausgaben nicht durch Kreditaufnahmen finanziert werden. Schon deshalb sind Steuersenkungen und Ausgabenkürzungen im staatlichen Sektor, bei gleichzeitiger Produktionsvermehrung im privaten Sektor, besser als staatliche Investitionen und Hilfskonstruktionen.

Inflation

Die größte und vielleicht einmal tödliche Gefahr für die freie Marktwirtschaft ist die überall spürbare schleichende Inflation. Pensionierte, Rentner, Witwen und alte Leute, Fürsorgeeinrichtungen und Kleinsparer sind ihr vor allem ausgesetzt. Sie mag einige Große reicher machen, sicher macht sie unzählige Kleine ärmer, die Staatsmonopole stärker — sie kann zur Nemesis für die Demokratie werden! Es ist schwer, die ersten Symptome der Inflation festzustellen; sie dringt unmerklich in unsere Wirtschaft ein. Ein jeder ist gegen die Inflation eingestellt, ein jeder stimmt der öffentlichen Kritik an den erkennbaren Ursachen zu. Aber wer wäre nicht im stillen bereit, ein Auge zuzudrücken, wenn es darum geht, zum eigenen Vorteil die privaten Interessen gelegentlich über das allgemeine Wohl zu stellen. Oft zwar resultiert die Inflation nicht aus staatlicher Mißwirtschaft, nicht aus Budgetdefiziten, sondern oft auch aus der Disziplinlosigkeit weiter Kreise der Wirtschaft selbst, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. Jeder will sich einen möglichst großen Anteil am Sozialprodukt sichern, jeder glaubt, er sei der ausschließliche Verkäufer von Waren oder Dienstleistungen und könne deren Preis in Konjunkturzeiten nach Belieben steigern. In dem Maße wie wir die Zunahme der Inflation gefühlsmäßig wahrnehmen, vergrößert sich unsere Ungewißheit über das, was sie bringen wird, und es bemächtigt sich unser ein Zustand, unter welchem der Ansporn zur Arbeit und zum Sparen mehr und mehr gelähmt wird. Daß die komplizierte industrielle Wirtschaft in der Regel inflationsgefährdeter ist als z. B. die Agrarwirtschaft, ist naheliegend. Die aus der strukturellen Prosperität der letzten Jahre erklärlichen Preissteigerungen verbinden sich mit inflationären Steigerungen zu einer immer deutlicher drohenden Gefahr, die um so größer ist, als viele derselben gegenüber einfach resignieren, andere an dieser Entwicklung interessiert sind oder doch verkennen, daß die Inflation zu einer Zerstörung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsorganisation führen kann. Die die Inflation einleitenden und als solche oft nicht ohne weiteres erkennbaren Erscheinungen sind überall die gleichen: Expansion durch Investierung, Lohn- und — zwangsläufig — Kaufkraftsteigerung, Arbeitermangel, Kreditexpansion, Preiserhöhungen, Mißverhältnis zwischen Sparbildung und Investierungsbedarf. In der Industrie können aufgebrauchte Lager nur noch zu höheren Preisen ersetzt werden. Die Bildung festverzinslichen Sparkapitals bleibt hinter der Wirtschaftsexpansion zurück, kann sie nicht mehr solide finanzieren. In einer vollbeschäftigten Wirtschaft kann eine reale Verbesserung des Lohnes nur durch erhöhte Rentabilität erreicht werden, in der Regel nur durch neue Investitionen

und Rationalisierung. Das dafür benötigte Kapital darf dem Unternehmer nicht mittelst höherer Löhne weggenommen werden, sonst muß er seine Preise steigern. Niemand gewinnt durch die Inflation auf lange Sicht; sie wird verhängnisvoll, wenn die Inflationspsychose sich verallgemeinert und das Sparen ausschaltet. Jede vom einzelnen für sich persönlich als gut befundene Abwehrmaßnahme kann sie verschärfen. Die Goldhortung und die in einigen Staaten stark auftretende Grundstücks- und Aktienspekulation sind bedauerlich, aber eben doch ein Indiz für ein weitverbreitetes Mißtrauen gegen den Staat und die Ehrlichkeit der Währung. Rigorose Maßnahmen gegen die Inflation stoßen auf den Einwand, es werde damit Arbeitslosigkeit provoziert, und diese wird auch im kleinsten Umfange als das größere Übel betrachtet. Ist aber die Erkenntnis der Inflationsgefahr erst Allgemeingut geworden, gibt es eigentümlicherweise kein Aufhalten mehr, weil koordinierte Maßnahmen kaum mehr möglich sind; der Einfluß auf die Geldmarktentwicklung entgleitet der Kontrolle des Staates. Die vielfach vertretene Theorie, daß die Wirtschaft durch Dirigismus und bloße Währungsmaßnahmen stabil gehalten werden könne, ist weit davon entfernt, bewiesen zu sein; in der Praxis haben bis jetzt derartige Versuche jedenfalls mit materiellen Verlusten für alle Lohnempfänger geendet. Vorübergehende Arbeitslosigkeit kann auch ohne inflationäre Untergrabung der Wirtschaft gemildert werden.

Alle Währungen haben unbestreitbar seit dem Kriegsende an Kaufkraft verloren. Auch in den USA, der dominierenden Wirtschaftsmacht der Welt, hat durch die dort seit 1930 existierende schleichende Inflation der einzelne Dollar innert eines Vierteljahrhunderts mehr als die Hälfte seines Wertes an Kaufkraft eingebüßt. Vor allem in Ländern mit wohlfahrtsstaatlichen und dirigistischen Tendenzen geht der Inflationsdruck weiter. Unsicherheit und Mißtrauen in die Währungen dieser Länder sind die Haupthindernisse für die Rückkehr zur allgemeinen Konvertibilität. In einigen andern Ländern war trotz aller Vorsicht gegen inflatorische Erscheinungen die spekulativ gesteigerte Erhöhung der Grundstückpreise, hervorgerufen durch die mit der zunehmenden Verstädterung zusammenhängende Raumnot, nicht zu vermeiden. Zu sagen ist auch, daß die EPU Schuldnerländern die Fortsetzung des Inflationskurses eher erleichtert und Zahlungsüberschüsse bei andern Ländern sich expansiv auswirken können. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß eine Hochkonjunktur einen bestimmten Punkt nicht überschreiten kann, ohne sich inflatorisch zu überhitzen und unstabil zu werden. Heute insbesondere ist die Gefahr verstärkt durch das vermeintliche Axiom von der Notwendigkeit der Vollbeschäftigung; diese aber bedeutet: Expansion, Steigerung überall.

Gegen die Inflation ist nur eine Medizin möglich: sie aufzuhalten. Noch besser: sie gar nicht erst entstehen zu lassen, das heißt: Keine halben Maßnahmen. Überzeugung und Mut zur vorübergehenden Unpopularität sind nötig. Und nicht nur die Regierungen und Notenbanken müssen diesen Willen und Glauben haben, die ganze Nation, der ganze Wirtschaftskörper. Es darf nicht bei Lippenbekenntnissen bleiben; nötig sind Selbstdisziplin, Vernunft, Besinnung auf Mäßigung. Das Sparen muß wieder rentieren, dann ist auch die Vollbeschäftigung gefahrlos. Geldwerterhaltung, Vollbeschäftigung, Lohnsteigerungen aber lassen sich unmöglich gleichzeitig verwirklichen. An einem Punkt muß ein Einbruch erfolgen, und leider führt der Weg des politisch geringsten Widerstandes nur allzuoft via Inflation zur «weichen Währung» oder zur Knebelung des freien Handels durch Schutzzölle. Eine krisenlose Wirtschaft ist und bleibt zwar eine Illusion, weil die Voraussetzungen dazu schon beim einzelnen fehlen. Und doch: Wie viele bauen sich ein Haus auf Kredit, wie viele sind Inhaber eines Automobils, das ihnen zu 70% nicht gehört, wie viele erwerben Haushaltungsapparate auf jahrelange Abzahlung? Dies alles basiert auf der nur zu oft trügerischen Hoffnung auf künftigen ununterbrochenen Erwerb. Mit Staatssubventionen, Preisstützungen, der Expansion des Kredites und der Abzahlungsfinanzierung, d. h. mit Maßnahmen, die in einer Depressionsperiode angewendet werden müßten, wird eine Mengenkonjunktur ständig auf full speed gehalten, bis die komplizierte Maschine der modernen Wirtschaft sich überhitzt und irgendwo bricht, meistens an der Einbruchstelle der Währung. Inflation und Steuern unterhöhlen den Spargedanken. Dirigistische Planer beherrschen die Währungspolitik und regieren sie nach politischen «Rücksichten», verteilen Wohlfahrt, die man noch gar nicht bezahlen kann. Die Wohlfahrtspolitik treibt via Lohnforderungen die Inflationsspirale hinauf.

Die Meinung, die Inflation sei auf lange Sicht unvermeidlich, ist nicht die Anerkennung eines volkswirtschaftlichen Axioms, sondern das Eingeständnis, daß der Wille zur Aufrechterhaltung einer gesunden Währung nicht mehr vorhanden ist. Die Schlacht um die Erhaltung gesunden Geldes ist nie ganz gewonnen. Auch vor der graduellen Inflation ist als vor einem Sirenengesang zu warnen. Jeder hat selbstverständlich gerne mehr Geld in der Kasse oder im Zahltagstäschchen. Aber es ist eine Täuschung, zu glauben, man könne ohne große Gefahr eine anhaltende milde Schürung des Booms «am kleinen Feuer» praktizieren. Auch wenn die Preise nur jedes Jahr um 1% stiegen, so wären sie in 45 Jahren, d. h. im Verlauf eines Menschenlebens, mehr als verdoppelt. Der am Beginn gesparte Franken hätte nicht einmal mehr die Hälfte seines ursprüng-

lichen Wertes. Die sogenannte kontrollierte Inflation ist nur eine gefährliche alte Medizin in neuer Flasche, eine Droge, von welcher der einmal süchtig Gewordene sich nicht mehr befreien kann. Spekulation und Sachwertpsychose sind ihr meist willfährige Wegbereiter. Reiche mögen durch sie reicher werden, die Masse des Volkes wird ärmer. Auch eine mäßige Inflation vermag schon die Disziplin unmöglich zu machen und das Vertrauen zu untergraben. Eine «kontrollierte Inflation» ist eine contradictio in adjecto. Leicht wird sie zum Brand, dessen Kontrolle dem Zauberlehrling entgeht. Sie schiebt das Unglück nur hinaus, kann es aber nicht vermeiden. Für die erstrebenswerte Stabilität der Wirtschaft ist auch eine graduelle Inflation ein Hindernis. Die Gesundheit eines Wirtschaftskörpers wird durch Steigerung der Nachfrage erhalten, nicht durch Steigerung der Preise, die schlußendlich nur der Inflation Vorschub leistet.

Banken und Boom

Es ist eine eigenartige Erscheinung, daß beim Aufkommen eines Booms die Ursache zuerst bei den Börsen und Banken gesucht wird. Bekanntlich steigen die Bilanzzahlen der Banken an; ihre Kreditoren und somit auch ihre Debitoren nehmen zu. Sie, die Banken, werden der Übertreibung angeklagt, obwohl sie doch die ersten waren, die vor der Inflation warnten, weil sie unter dem Druck der Zunahme der Kapitalnachfrage, bei gleichzeitigem Rückgang des Nachschubs an Spargeldern, zuerst Gelegenheit hatten, die Einwirkungen des Booms auf den Geldmarkt zu beobachten. Ein Boom wird teilweise immer, namentlich in den ersten Stadien des Aufschwunges, durch Schuldenerhöhung finanziert. Geldfülle wird so mehr und mehr zum Signum unserer Zeit. In den USA ist die Verschuldung in der Zeit von 1945 bis 1955 von $ 140 Milliarden auf $ 360 Milliarden gestiegen, darunter die Abzahlungskredite von $ 5,7 Milliarden auf $ 34 Milliarden, d. h. (1955) immerhin 12% des Einkommens nach Abzug der Steuern. Der Boom auf dem Bau- und Automarkt ist zum großen Teil auf Schuldenbasis finanziert. Eine exakte Kreditlimitierung ist ja auch kaum möglich, die Gefahrengrenzen sind fast unsichtbar. Die heutige Kreditausweitung nimmt jedenfalls beunruhigende Formen an. Es handelt sich dabei ja nicht nur um die Rückzahlungsfähigkeit der einzelnen Schuldner, sondern auch um den Einfluß der Kreditexpansion auf die zukünftige Wirtschaftskonjunktur. Vorgegessenes Brot wirkt als Stimulus, muß aber doch einmal bezahlt werden. Die Tendenz nach billigem Geld, die Erhöhung der Schulden mit relativer Rückbildung des Sparens, die Zunahme der Abzahlungskredite sind alles Symptome, die aufmerk-

sam zu verfolgen sind. Wenn hier nicht der behördlichen Regelung z. B. der Abzahlungskredite das Wort geredet werden soll, so möchte um so mehr der Wunsch nach Selbstdisziplin in den Vordergrund gerückt werden.

Eine Kreditkontrolle wird dann nötig, wenn bei Vollbeschäftigung die Kreditexpansion zu höheren Preisen führt. In den meisten Fällen führt aber nicht die Kreditexpansion zu höheren Preisen, sondern die höhern Löhne. In solchen Zeiten ist ja bekanntlich die Kreditbeschaffung oft wichtiger als die Kreditkosten. Eine derartige Kontrolle könnte aber, wie gesagt, die Inflation nur dann brechen, wenn sie sehr drastisch angewendet würde. Es müßten sie auch noch andere Maßnahmen begleiten, wie die Kürzung der Subventionen, Erschwerung des Abzahlungsgeschäftes, Einschränkung des Hausbaues etc. Als Beispiel extremer Krediterleichterung sei erwähnt, daß in den USA der Kriegsveteran die Möglichkeit hat, für einen Hausbau ohne jede Anzahlung $ 10 000 mit Abzahlung innert 30 Jahren aufzunehmen. Kreditverteuerung und Kreditreduktion als althergebrachte Maßnahmen wirken nur auf orthodoxen Märkten. Auf Seite der Banken, die ja ohnehin die Kredithergabe nicht nach Belieben ausdehnen können, würde mit der Erhöhung der Liquiditätsvorschriften die erwünschte Kreditbeschränkung erreicht werden können.

Nötige Maßnahmen

Es ist an der Zeit, an «gutes Geld» zu denken und dessen Wert wieder zu respektieren. Dies ist nur möglich, wenn wir einige moralische und ethische Grundsätze auch in der Wirtschafts- und Geldpolitik neu überdenken und den Willen haben, an denselben unverrückbar festzuhalten. Wir müssen verzichten auf künstliche Lohnregulierungen durch die Gewerkschaften oder den Staat, die sich damit über die Gesetze der Wirtschaft stellen. Keine Aufhebung des Gesetzes von Angebot und Nachfrage, auch nicht auf dem Immobilienmarkt durch den Mieterschutz, da derartige Vorkehren nur zum Zerfall der Währung beitragen. Währungspolitik darf nicht als Zwangsjacke für künstliche Paritäten im Außenhandel mißbraucht werden. Im Gegenteil, die Zölle müssen gesenkt und die Handelspolitik liberalisiert werden, und es dürfen keine Exportbegünstigungen gewährt werden. Für Europa ist die Existenz zahlreicher, verschieden stark protektionistisch organisierter Wirtschaftsgebiete angesichts der kommunistischen Gefahr ein unmöglicher Luxus geworden.

Jede nationale Wirtschaft ist ein Ganzes, von dem nicht un-

gestraft Teile in ihrem normalen Funktionieren außer Kraft gesetzt werden können. Könnten wir überall zu Angebot und Nachfrage vor 1914 zurückkehren, so wäre Inflation unmöglich. Staat, Gewerkschaften und Unternehmer müßten die Preise vorerst halten und dann womöglich reduzieren. Eine Steuerreform müßte Platz greifen, durch die nicht mehr der Tüchtige bestraft und die Vermögensbildung verunmöglicht wird. Stabilität und Fleiß sollten wieder belohnt werden. Wo diese Grundsätze fehlen, geht eine Nation in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zurück, wird ihnen aber nachgelebt, so gilt «it flourishes and becomes great». Es setzt dies den Verzicht auf «cheap money» voraus, Verzicht aber auch auf Vollbeschäftigung à tout prix und Diskriminierungen mittelst bilateraler Abmachungen. Es setzt dies aber wohl auch eine Abkehr von gewissen Übertreibungen wohlfahrtsstaatlicher und oft bürokratisch schwerfälliger und jedenfalls wenig phantasievoller Fürsorge voraus, mit welcher, mittelst massiver Besteuerung, enteignete Mittel in Form von Subventionen und Prämien der gleichen Wirtschaft wieder zurückgegeben werden.

Haben wir den Willen, zu diesen Grundsätzen zurückzukehren, dann werden wir sehr rasch auch wieder gesundes Geld erhalten und zu einer Währungskonvertibilität auf fester Kursbasis zurückkehren können. Gegebenenfalls wäre daran zu denken, die Stabilisierung der Währungen bzw. der Konjunktur durch internationale Fonds zu erleichtern und zu fördern.

Der römische Denar hatte vor 2000 Jahren Geltung in der ganzen damaligen Kulturwelt. Venedig, Florenz und Amsterdam verdankten im Mittelalter ihre wirtschaftliche Blüte ihren gesunden Währungen. Englands Weltmarkt beruhte weitgehend auf dem Prestige des Sterlingpfundes. Es ist nicht einzusehen, weshalb unsere kleiner gewordene westliche Welt nicht im Stande sein sollte, ihre großartige wirtschaftliche Entwicklung auf gesundem Gelde aufzubauen.